

Impulse für Wachstum

Selbständige Wissensarbeit:
organisiert, vertreten, wirksam

I ♥ Selbständigkeit

Herausgeber

Bundesverband für
selbständige Wissensarbeit e. V.
Rahel-Hirsch-Str. 10
10557 Berlin
T +49 30 28 88 29 20
info@selbstaendige-wissensarbeit.de

Redaktion und Gestaltung

PRpetuum GmbH

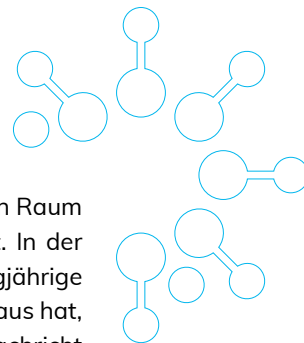
Bildnachweis

Bundesverband für
selbständige Wissensarbeit

Druck

Königsdruck

Juni 2026



Es gibt einen Moment in fast jedem Projekt, in dem jemand den Raum betritt und sagt, was alle wissen, aber niemand ausspricht. In der Regel ist das nicht die Abteilungsleiterin. Auch nicht der langjährige Kollege. Oft ist das jemand von außen – jemand, der kein Büro im Haus hat, keine Karriere zu verlieren, keinen Chef, der abends noch eine Nachricht schickt.

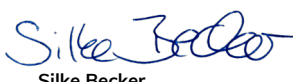
Selbständige Wissensarbeiterinnen und -arbeiter bringen etwas mit, das sich nicht einstellen lässt: den unabhängigen Blick. Erfahrungen aus zahlreichen verschiedenen Projekten, die Fähigkeit, Muster zu erkennen, die in- und unsichtbar bleiben – und die Freiheit, sie offen zu benennen. Nicht als Ersatz für interne Kompetenz, sondern als Ergänzung, die aus Distanz sieht, was Nähe verdeckt.

Genau das ist ihr Wert für Unternehmen, für öffentliche Auftraggeber, für eine Wirtschaft, die Wandel nicht verwalten, sondern gestalten will. Und für eine Innovations- und globale Wettbewerbsfähigkeit, die heute wichtiger ist als jemals zuvor.

Seit 2016 arbeiten wir im Bundesverband für selbständige Wissensarbeit e. V. daran, genau das zu ermöglichen: dass externe Expertise dort ankommt, wo sie gebraucht wird. Nicht als Selbstzweck, sondern weil Deutschland dieses Potenzial braucht.

Ziel des Verbands war und ist es, Rechtssicherheit beim projektbasierten Einsatz selbständiger Expertinnen und Experten zu schaffen. Damit Selbständige ihre Stärken einbringen können und Unternehmen das tun, wofür Deutschland bekannt ist: Innovationen entwickeln, die weit über unsere Grenzen hinaus wirken.

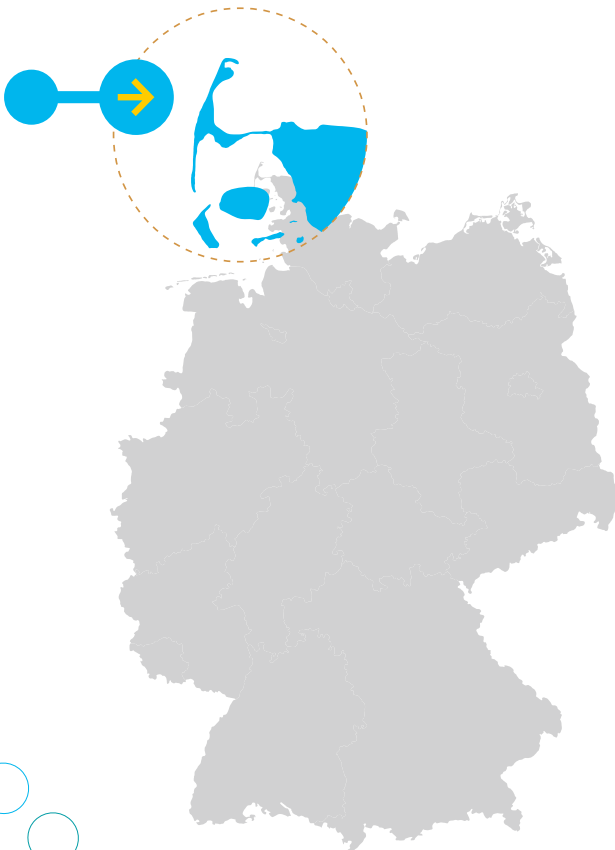

Carlos Frischmuth
 Vorsitzender des Vorstands


Silke Becker
 Schatzmeisterin des Vorstands


Jan Jagemann
 Stellvertretender Vorsitzender
 des Vorstands

Was auf Sylt begann

Wie aus einer Idee von 2011 und dem Schulterschluss von 2015 eine gemeinsame Stimme wurde



Im Mai 2011, auf der 40. Sylter Runde (einem Think-tank-Treffen), stellten Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik eine unbequeme Frage: Warum verschenkt Deutschland das Potenzial freiberuflicher IT-Kompetenz? Das Fazit war klar: Es fehlte an Sichtbarkeit, an belastbaren Daten – und vor allem an einer repräsentativen, politisch handlungsfähigen Stimme.

In dem Memorandum der Tagung hielten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Empfehlung 8 fest, was damals noch Vision war: die Gründung eines Bundesverbandes, der Perspektiven und Hemmnisse der Selbständigen aufzeigt, relevante Daten erfasst, Lobbying betreibt und Einfluss auf Gesetze und öffentliche Verfahren nimmt. Unter den Unterzeichnenden: Carlos Frischmuth – heute Vorstandsvorsitzender des Bundesverbandes für selbständige Wissensarbeit e.V. Die Idee blieb nicht auf Sylt.

MEHR DAZU

Das Sylter
Memorandum



Aus Freiraum drohte eine Grauzone zu werden. Aus moderner Arbeit: ein Haftungsrisiko.

Was 2015 drohte

Im November 2015 legte das Bundesministerium für Arbeit und Soziales einen Referentenentwurf vor: „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes und anderer Gesetze“. Der Impuls dahinter war nachvollziehbar: Wo Scheinselbständigkeit zu Lasten von Beschäftigten geht, braucht es klare Grenzen. Doch der geplante § 611a BGB fasste die Abgrenzungskriterien zwischen Arbeits-, Dienst- und Werkvertrag so weit, dass auch hochqualifizierte projektbezogene Tätigkeiten, wie beispielsweise IT-Consulting, Engineering oder Unternehmensberatung, als verdeckte Leiharbeit hätten eingestuft werden können. Die Regulierung unterschied nicht zwischen Niedriglohnsegment und hochqualifizierter Projektarbeit. Was als Schutz gedacht war, hätte in der Praxis genau die Arbeitsformen unmöglich gemacht, auf die moderne Organisationen und Selbständige angewiesen sind.

Der Schulterschluss

23. Juli 2015, Berlin. Noch vor Veröffentlichung des Referentenentwurfs – als die Vorboten der politischen Planung in der Branche bereits spürbar waren – handelten fünf Unternehmen: Hays AG, Krongaard AG, Etengo (Deutschland) AG, SThree GmbH und Westhouse Consulting GmbH unterzeichneten die Vereinbarung zur Gründung der Allianz der Dienstleister für den Einsatz Selbständiger Wissensarbeiter und assoziierte Partner – als Ad-hoc-Koalition. Kurz darauf schlossen sich Personality IT (heute Modis) und GULP Information Services GmbH an.

Die ADESW und das Forum FEFA bündelten den breiteren Schulterschluss: Verbände und Unternehmen aus Maschinenbau, IT, Kreativwirtschaft, Medizin und Recht – unter anderem ADESW, BDU, Bitkom, BVDW, VDMA und VGSD. Diese Breite war kein Zufall. Sie war das Argument.

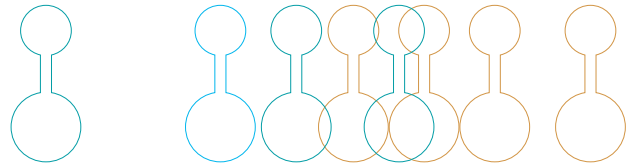
Für mehr Rechtssicherheit und praxisnahe Regelungen bei
der Nutzung von Werk- / Dienstverträgen und der
Arbeitnehmerüberlassung

Stellungnahme zur aktuellen Diskussion
mit Blick auf die Ausführungen des Koalitionsvertrages
Prof. Dr. Gregor Thüsing

mit Unterstützung durch das
Forum für den Einsatz flexibler Arbeit in Deutschland (FEFA):



Aus Einzelstimmen war eine Formation geworden. Aus Expertise: Argumentation.



Das Bündnis protestierte nicht – es argumentierte. Mit einem gemeinsamen Positionspapier und einer rechtswissenschaftlichen Stellungnahme von Prof. Dr. Gregor Thüsing (Universität Bonn) legte das Forum dar, dass der geplante Paragraf das Gegenteil seiner Absicht bewirkt hätte: Statt Rechtssicherheit zu schaffen, hätte er sie verringert – für Auftragnehmer wie für Auftraggeber gleichermaßen, weil die Abgrenzungskriterien in der Praxis nicht handhabbar gewesen wären. Dass diese Argumentation ankam, bestätigte Karl Schiewerling MdB, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, im Januar 2016 schriftlich: Er nahm das Positionspapier und die Stellungnahme explizit zur Kenntnis – und verwies darauf, dass das Bundeskanzleramt den BMAS-Entwurf bereits zurückgewiesen hatte.

Aus Einzelstimmen war eine Formation geworden. Aus Branchenerfahrung und Expertise: belastbare Argumentation.

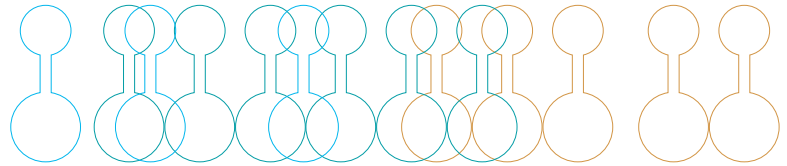
Der Anfang von etwas Dauerhaftem

Der Schulterschluss von 2015 war mehr als eine Reaktion. Er war der Beginn einer professionellen Stimme für selbständige Wissensarbeit – und der Beweis, dass diese Stimme politisch zählt, wenn sie geeint auftritt, klar spricht und Fakten mitbringt. Was ADESW und

FEFA in diesen ersten Monaten leisteten, war strukturell: kein Protestbündnis, das nach der Abstimmung wieder auseinanderläuft, sondern eine Formation, die inhaltlich arbeitsfähig blieb. Das gemeinsame Positionspapier, die rechtswissenschaftliche Stellungnahme, der direkte Dialog mit politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern – all das baute etwas auf, das vorher gefehlt hatte: Glaubwürdigkeit als Gesprächspartner. Nicht mit dem Fokus auf Einzelinteressen, sondern mit dem Anspruch, zu erklären, wie modernes Arbeiten in großen Teilen der Wirtschaft funktioniert und was auf dem Spiel steht, wenn Regulierung daran vorbeigeht.

Aus dieser Arbeit entstand die Überzeugung, dass das kein Sprint sein durfte. Dass selbständige Wissensarbeit eine dauerhafte Interessenvertretung braucht – eine, die nicht nur reagiert, wenn Gesetzentwürfe auftauchen, sondern die den Rahmen mitgestaltet, lange bevor Referentenentwürfe geschrieben werden. Was daraus wurde, zeigte sich schon wenige Monate später.

ADESW Allianz für selbständige
Wissensarbeit



Gut gemeint, zu weit gefasst

Wie der Bundesverband verhinderte, dass gut gemeinter Arbeitnehmerschutz hochqualifizierte Projektarbeit vom Markt verdrängte.

Das BMAS wollte 2015 Missbrauch bekämpfen – zu Recht. Im Niedriglohnsektor wurden Menschen unter dem Deckmantel vermeintlicher Selbständigkeit ohne Schutz eingesetzt. Doch der Entwurf unterschied nicht. Er drohte, IT-Expertinnen und -Experten, Ingenieurinnen und Ingenieure sowie Unternehmensberaterinnen und -berater – ausgerechnet jene, die der Koalitionsvertrag noch als förderungswürdig bezeichnet hatte – in dieselbe Grauzone zu ziehen.

Was fehlte, war eine Stimme, die diesen Unterschied klar und mit Gewicht benannte.

Hochqualifiziert – und laut

Wer zu diesem Zeitpunkt für selbständige Wissensarbeit sprach, war noch kein eingetragener Verband. Die Ad-hoc-Koalition „Allianz für den Einsatz selbständiger Wissensarbeiter“ – 2015 von sieben führenden Personaldienstleistern gegründet, koordiniert von Sprecher Carlos Frischmuth – handelte gemeinsam mit dem breiter aufgestellten Verbändebündnis „Forum für den Einsatz flexibler Arbeit“ (FEFA). Der eingetragene Verein, die spätere ADESW und heutige Bundesverband, folgte im September 2016.

Bereits im September 2015 – noch bevor der erste Referentenentwurf öffentlich bekannt war – hatte Carlos Frischmuth das Gespräch auf höchster Ebene gesucht:

Ein Schreiben an Bundesminister Peter Altmaier im Bundeskanzleramt signalisierte frühzeitig Klärungsbedarf. Das Kanzleramt antwortete: Altmaier selbst stand terminlich nicht zur Verfügung, doch Ministerialrat Ulrich Baur, Leiter des Referates Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsrecht, bot ein persönliches Gespräch an. Es war das erste Signal, dass die Allianz als Gesprächspartner ernst genommen wurde – und die Grundlage für den Dialog, der folgen sollte.

„Das deutsche Geschäftsmodell lebt von der Kombination unterschiedlicher Fähigkeiten – Werkverträge sind Teil dieses Erfolgs, nicht der Schaden.“

Prof. Michael Hüther | Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW)

**LIEBER HERR HÖTTGES,
HELFE SIE INNOVATIONS-
KRAFT SICHERN.**

**Frau Merkel, bitte
retten Sie Deutschlands
Experten.**

Die SPD will selbständige Experten in Unternehmen verbieten.
Das schadet der Innovationskraft der deutschen Wirtschaft.
Helfen Sie uns. Damit selbständige Experten weiter arbeiten können.

EXPERTEN-ARBEIT-RETTEN.DE

Die SPD will selbständige Experten in Unternehmen verbieten.
Das schadet der Innovationskraft der deutschen Wirtschaft.
Helfen Sie uns. Damit selbständige Experten weiter arbeiten können.

EXPERTEN-ARBEIT-RETTEN.DE

Resonanz über Parteigrenzen und Branchen hinweg

Anfang 2016 startete das Bündnis die bundesweite Kampagne „Experten-Arbeit-retten“: Großplakate im Berliner Regierungsviertel, Zeitungsanzeigen, mehr als 150.000 persönliche Protest-Mails an Bundestagsabgeordnete – aus dem Kreis der hochqualifizierten Selbständigen, die der Entwurf unmittelbar betroffen hätte. Die Botschaft richtete sich gleichzeitig an politische Entscheidungsträgerinnen und -träger und an die großen Auftraggebern in Wirtschaft und DAX-Konzernen: Werk- und Dienstverträge sind kein Missbrauchsinstrument, sondern das Rückgrat moderner Projektwirtschaft.

Wirtschaftswissenschaftliche Unterstützung lieferte die Kampagne aus berufenem Mund: IW-Direktor Prof. Michael Hüther argumentierte öffentlich, dass Werk- und Dienstverträge Teil des deutschen Erfolgsmodells seien – insbesondere im digitalen Geschäft, wo Unternehmen immer wieder neue Kompetenzprofile benötigen, ohne diese dauerhaft vorzuhalten. Eine pauschale Regulierung wäre, so Hüther, eine gewaltige Belastung für die Flexibilität, von der hochwertige Arbeitsplätze abhängen.

Das Magazin politik&kommunikation zeichnete die Kampagne 2016 mit dem Politikaward in der Kategorie „Gesellschaftliche Kampagnen“ aus, 2017 folgte der Internationale Deutsche PR-Preis. Der Jurytitel trifft das Wesen der Mobilisierung: „600.000 Selbständige, ein gewaltiger Aufschrei.“

Dass die Kampagne über den Kreis der Selbständigen hinaus wirkte, zeigten die Rückmeldungen aus Politik und Wirtschaft. Christian Lindner, damals FDP-Bundesvorsitzender, antwortete im März 2016 persönlich auf das Kampagnenschreiben: Er habe die Anzeige selbst in den sozialen Medien weiterverbreitet und versicherte, die FDP werde „an Ihrer Seite stehen“ – die große Koalition setze mit den geplanten Eingriffen „Deutschlands wirtschaftliche Stärke leichtfertig aufs Spiel“.

Auch aus der Wirtschaft kam Unterstützung: Timotheus Höttges, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Telekom, schrieb im Februar 2016, er habe den Unternehmensstandpunkt gegenüber Bundesarbeitsministerin Nahles persönlich vertreten. Dr. Reinhard Göhner, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), erkannte in seiner Antwort den zweiten überarbeiteten Entwurf als „vertretbaren Kompromiss“ an – nicht zuletzt, weil der Negativkriterienkatalog entfallen war – und ermutigte die Allianz, den Gedankenaustausch fortzusetzen.

Weiter trotz erster Erfolge

Im Februar 2016 legte das BMAS einen überarbeiteten Entwurf vor – auch unter dem Druck der laufenden Kampagne: Der Negativkriterienkatalog war gestrichen. Carlos Frischmuth kommentierte nüchtern: „Ein wichtiges Etappenziel – aber auch dieser Entwurf reicht

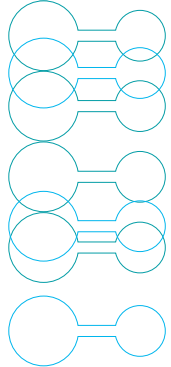


nicht aus. Wir benötigen Rechtssicherheit für die hochqualifizierten Selbständigen und für die Unternehmen, die sie beauftragen.“

Also folgte die Kampagne „Experten-Arbeit-stärken“. Über die Kampagnenwebsite konnten Selbständige die zuständigen Bundestagsabgeordneten direkt anschreiben – 119.245 taten es, tausend weitere schickten persönliche Briefe. An die Abgeordneten, die zugehört hatten, gingen Pledge Cards: keine Forderung, sondern ein Dankeschön – und das Signal, dass der Dialog auf Augenhöhe fortgesetzt werden soll.

Im Oktober 2016 kam die Klarstellung: Der Ausschuss für Arbeit und Soziales hielt in Bundestags-Drucksache Nr. 18/10064 schriftlich fest, dass das Gesetz dem sachgerechten Einsatz von Werk- und Dienstverträgen „in den zeitgemäßen Formen des kreativen oder komplexen Projektgeschäfts“ nicht entgegenstehen solle. Zum ersten Mal bekannte sich der Gesetzgeber schriftlich zur Projektwirtschaft. Prof. Martin Henssler, Rechtswissenschaftler der Universität zu Köln, resümierte: „Die Politik hat verstanden, dass ein Gesetz auch Marktrealität abbilden muss.“ MdB Albert Stegemann (CDU) bestätigte: „Das neue Gesetz wird nicht zu einer Einschränkung der modernen Projektwirtschaft führen.“ Und Carlos Frischmuth zog Bilanz: „Jetzt haben wir es schwarz auf weiß. Man hat uns zugehört und verstanden.“ Das Gesetz trat am 1. April 2017 in Kraft.

„2016 haben wir erlebt,
was es bedeutet, zur
richtigen Zeit mit der
richtigen Stimme im
Raum zu sein –
nicht um zu blockieren,
sondern um zu erklären,
wo ein gut gemeintes
Gesetz falsch trifft.
Das ist der Impuls,
den wir seither immer
wieder setzen.“



Carlos Frischmuth |
Vorsitzender des Vorstands

MEHR DAZU
Michael Hüther
im Interview
[www.youtube.com/
watch?v=587jOSi1Ocs](https://www.youtube.com/watch?v=587jOSi1Ocs)



Damit man zuhörte und verstand, brauchte es mehr als Argumente. Es brauchte Sichtbarkeit. Und die brachte eine Kampagne in zwei Wellen: „Experten Arbeit retten“, dann „Experten Arbeit stärken“. Erst den Schaden abwenden, dann Rechtssicherheit einfordern. Hier einige Motive aus beiden Phasen:



Lieber Herr Blessing,
der Finanzstandort
Deutschland braucht
Sie jetzt.

Die SPD will selbständige Experten in Unternehmen verbieten.
Das schadet der Innovationskraft der deutschen Wirtschaft.
Helfen Sie uns. Damit selbständige Experten weiter arbeiten können.

**HERR KRETSCHMANN,
BITTE SCHÜTZEN SIE
BADEN-WÜRTTEMBERG
VOR DIESEM GAU.**

Die SPD will selbständige Experten in Unternehmen verbieten.
Das schadet der Innovationskraft der deutschen Wirtschaft.
Helfen Sie uns. Damit selbständige Experten weiter arbeiten können.

**HERR GABRIEL, BITTE
STOPPEN SIE DIESEN
ANGRIFF AUF DIE
DEUTSCHE WIRTSCHAFT.**

Die SPD will selbständige Experten in Unternehmen verbieten.
Das schadet der Innovationskraft der deutschen Wirtschaft.
Helfen Sie uns. Damit selbständige Experten weiter arbeiten können.

**Deutschland braucht das STARKE BAYERN.
Und FREIE EXPERTEN endlich Rechtssicherheit!**

Das Arbeitsministerium von Frau Nahles regelt derzeit § 61a IiGB neu.
Aber hunderttausende Selbständige hängen noch immer in der Luft.
Sie brauchen Ihre Hilfe – jetzt!

EXPERTEN-ARBEIT-STÄRKEN.DE

**FÜR EINE GERECHTE
GESELLSCHAFT OHNE
ARBEITSVERBOTE.**

Wer freiwillig selbständig sein will, gutes Geld verdient
und für sein Alter vorsorgt – der hat ein Recht auf berufliche

EXPERTEN-ARBEIT-RETTEN.DE

LIEBER HERR TERIUM,
STOPPEN SIE DIESEN
IRRWEG.

Die SPD will selbständige Experten in Unternehmen verbieten.
Das schadet der Innovationskraft der deutschen Wirtschaft.
Helfen Sie uns. Damit selbständige Experten weiter arbeiten können.

Lieber Herr Bock, die
Regierung will der BASF schaden.

EXPERTEN-ARBEIT-RETTEN.DE

**HERR GÖHNER, BITTE TRAGEN
SIE VERANTWORTUNG FÜR
DEUTSCHLANDS EXPERTEN.**

Die SPD will selbständige Experten in Unternehmen verbieten.
Das schadet der Innovationskraft der deutschen Wirtschaft.
Helfen Sie uns. Damit selbständige Experten weiter arbeiten können.

EXPERTEN-ARBEIT-RETTEN.DE



Die SPD will selbständige Experten in Unternehmen verbieten.
Das schadet der Innovationskraft der deutschen Wirtschaft.
Helfen Sie uns. Damit selbständige Experten weiter arbeiten können.

EXPERTEN-ARBEIT-RETTEN.DE

**HERR SEEHOFER, BITTE WERFEN
SIE SICH DAZWISCHEN, WEIL ES
AUCH UM BAYERN GEHT.**

Die SPD will selbständige Experten in Unternehmen verbieten.
Das schadet der Innovationskraft der deutschen Wirtschaft.
Helfen Sie uns. Damit selbständige Experten weiter arbeiten können.

EXPERTEN-ARBEIT-RETTEN.DE

Revolution?

Nein, einfach zeitgemäß. Deshalb fordern wir endlich Rechtssicherheit
für hunderttausende selbständiger Experten in Deutschland. Helft:
Missbrauch von Werkverträgen bekämpfen, aber freiwillig Selbständige
fördern. Denn jeder Mensch hat das Recht auf berufliche
Selbstbestimmung.

EXPERTEN-ARBEIT-STÄRKEN.DE

**HERR HOFFMANN,
WARUM WOLLEN
SIE MENSCHEN
ARBEITSLOS
MACHEN?**

Die SPD will selbständige Experten in Unternehmen verbieten.
Das schadet der Innovationskraft der deutschen Wirtschaft.
Helfen Sie uns. Damit selbständige Experten weiter arbeiten können.

EXPERTEN-ARBEIT-RETTEN.DE

Mehr als ein guter Moment



Wie aus einem Aktionsbündnis ein Bundesverband mit eigenem Wertefundament wurde

Wer selbständig Wissen verkauft, unterschreibt in vielen Fällen nicht nur mit dem Unternehmen, das den Auftrag gibt. Oft steht ein Personaldienstleister dazwischen. Ob der transparent arbeitet, Verträge sauber gestaltet und eine Vergütung verhandelt, die das unternehmerische Risiko wirklich abbildet – das ist genauso existenziell wie das Projektergebnis selbst. Denn wenn irgendetwas in dieser Kette nicht stimmt, sind es am Ende die Selbständigen, die vor dem Finanzamt oder der Deutschen Rentenversicherung erklären, was eigentlich los war.

Das war der Rahmen, in dem die ADESW 2016 arbeitete. Und er machte deutlich: Es reichte nicht, gegenüber der Politik bessere Rahmenbedingungen zu fordern. Der Markt selbst brauchte eine Grundlage, auf der Vertrauen entstehen konnte.

Vom Bündnis zur Institution

Am 23. September 2016 wurde aus der Ad-hoc-Koalition ein eingetragener Verein: die „Allianz für selbständige Wissensarbeit (ADESW) e. V.“, gegründet von denselben sieben Unternehmen, die 2015 den Schulterschluss vollzogen hatten. Carlos Frischmuth (Hays) übernahm den Vorstandsvorsitz, Michael Moser (GULP) die Stellvertretung. Was als Reaktion auf die Pläne des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales begonnen hatte, hochqualifizierte Projektarbeit in eine rechtliche Grauzone zu manövrieren, bekam nun eine Form, die über den nächsten politischen Moment hinaus trug. Carlos Frischmuth hatte das Ziel schon im Sommer formuliert, als der Verein noch in Gründung war: „Unser Ziel ist es, der Politik auf Augenhöhe zu begegnen und sinnvoll und zukunftsfähige Rahmenbedingungen für den projektbasierten Einsatz hochqualifizierter, selbständiger Wissensarbeiterinnen und -arbeiter aktiv mitzugestalten.“ (IT-Freelancer Magazin, Juli 2016)

„Ein Markt zeigt seinen Reifegrad daran, ob er bereit ist, eigene Standards zu setzen – bevor andere es für ihn tun.“

Mit dem Code of Conduct haben wir diese Reife bewiesen.“

Jan Jagemann |
Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands



2017 veränderte sich die Besetzung des Vorstands: Jan Jagemann (Krongaard) übernahm das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden, Michael Moser wechselte in das des Schatzmeisters. Die Aristo Group trat als neues Mitglied bei.

*„Der neue Name hat ausgesprochen,
was längst gelebt wurde:
Wir vertreten alle, die selbständige
Wissensarbeit professionell gestalten –
im gesamten Bundesgebiet.“*

Silke Becker | Schatzmeisterin des Vorstands

Regeln für sich selbst

Die Rechtsunsicherheit der BMAS-Offensive hatte offengelegt, wie wenig Orientierung es für alle Beteiligten gab – für Auftraggebende, für Selbständige, für die Dienstleisterinnen und -leister, die zwischen ihnen vermittelten. In diesem Klima entstand die Idee eines eigenen Branchenstandards. Zum 1. Januar 2018, zeitgleich mit der Umbenennung zum Bundesverband für selbständige Wissensarbeit, trat der Code of Conduct des Bundesverbandes in Kraft.

Entscheidend dabei ist, wen er verpflichtet: nicht die Selbständigen, sondern die Mitgliedsunternehmen des Verbands. Transparente Vertragsgestaltung, klare Trennung von Projekteinsatz und Arbeitnehmerüberlassung, ausschließliche Zusammenarbeit mit freiwillig Selbständigen, eine Vergütung, die reales unternehmerisches Risiko trägt – das sind die Grundsätze, auf die sich jedes Mitglied verpflichtet. Vor jedem Projekteinsatz ist ein Compliance-Check vorgeschrieben. Eine unabhängige Schlichtungsstelle mit externer Ombudsperson steht allen offen, die Klärungsbedarf haben – kostenfrei, ohne Rechtsweg.

Der Code gilt bis heute. Er ist kein Archivdokument, sondern gelebte Grundlage – und er beantwortet eine Frage, die sich Selbständige bei jedem Projektstart stellen sollten: Mit wem arbeite ich hier eigentlich?

Aus der Allianz wird ein Bundesverband

Die 2018 vollzogene Umbenennung von ADESW zu Bundesverband für selbständige Wissensarbeit war das äußere Zeichen eines inneren Wandels: Aus einer reaktiven Allianz war ein dauerhafter Akteur geworden – mit eigenem Wertefundament, eigenem Standard, eigenem Namen. Wer dauerhaft als Gesprächspartnerin bzw. -partner gilt, braucht mehr als Struktur und Haltung. Es braucht Argumente, die auch ohne Druck standhalten – in Ausschüssen, in Ministerien, in der öffentlichen Debatte. Der nächste Schritt lag auf der Hand.

Fakten, die die Debatte verändern

Wie der Bundesverband aus Annahmen eine Wissensbasis macht – und damit die Sprache der Politik verändert

Wer in einem Ministeriumsgespräch oder einer Ausschussanhörung für eine Berufsgruppe spricht, wird früh gefragt: Wie viele sind das? Was verdienen die? Sind die wirklich freiwillig selbständig – oder fehlt einfach ein Arbeitsvertrag? Bis 2017 konnten weder die Politik noch der Bundesverband auf diese Fragen eine belastbare Antwort geben. Nicht weil die Einschätzungen der Branche falsch lagen – sondern weil die Zahlen schlicht nicht existierten. Das war das eigentliche Problem.

Lange prägten vereinfachte Bilder die politische Diskussion: vom Scheinunternehmenden bis zum prekär Beschäftigten. Wer kein belastbares Gegengewicht hat, hat kein Argument. Um die Debatte zu verändern, brauchte es Zahlen, denen niemand ausweichen kann. Der Bundesverband beginnt 2016, genau diese Zahlen zu schaffen.

Was folgt, ist eine systematische Aufbauarbeit: sieben Jahre, sechs Studien, ein Fundament.

77 Prozent – und ein Klischee bricht

Allensbach I & II (2017 / 2018): Wer selbständige Wissensarbeitende wirklich sind

Im Spätsommer 2017 führt der Bundesverband in Zusammenarbeit mit dem Institut für Demoskopie Allensbach die erste repräsentative Befragung solo-selbständiger Specialistinnen und -Specialisten durch. Die



„Wir wollen über Fakten sprechen und nicht mutmaßen. Es gibt nach wie vor erschreckend wenig gesicherte Zahlen und Daten über die Gruppe hochqualifizierter Selbständiger in Deutschland. Um diese Grundlage zu schaffen, arbeiten wir mit Instituten aus dem Bereich der Arbeitsmarktforschung zusammen.“

Carlos Frischmuth | Vorsitzender des Vorstands

Untersuchung zu Einkommenssituation und Altersvorsorge liefert Ergebnisse, die viele überraschen: 87 Prozent schätzen ihre wirtschaftliche Lage als sehr gut oder gut ein. 97 Prozent haben in irgendeiner Form für das Alter vorgesorgt – über frühere Rentenanwartschaften, Rürup- oder Riester-Renten, private Versicherungen oder Immobilien- und Wertpapiervermögen. Das Bild des prekarierten, altersarmen Freelancers hält der ersten belastbaren Datenbasis nicht stand. „Zur Bekämpfung der Altersarmut sollten sich die Entscheidungsträger im Bundestag auf den Anteil der Freiberuflerinnen und -berufler konzentrieren, denen Altersarmut tatsächlich droht“, kommentiert Carlos Frischmuth die Studie.

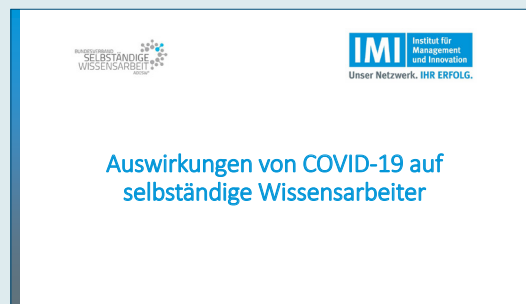
2018 folgt die zweite Allensbach-Studie – diesmal zur Berufszufriedenheit und zu politischen Forderungen. 77 Prozent der solo-selbständigen IT-Spezialistinnen und -Spezialisten sind mit ihrer Arbeit sehr zufrieden. Zum Vergleich: Unter allen Berufstätigen in Deutschland sagt das nur ein Viertel. 94 Prozent beschreiben ihr Berufsleben als erfüllt, 96 Prozent würden den Schritt in die Selbständigkeit erneut gehen – und für lediglich 8 Prozent war er eine Notlösung.

Die Daten widerlegen ein zähes politisches Klischee. Und sie benennen gleichzeitig ein strukturelles Versagen: 56 Prozent der Befragten fühlen ihre Selbständig-



EXKURS: Daten zur Krise – Schnellbefragung COVID-19, Sommer 2020

Parallel zur IMI-Studie erhebt der Bundesverband im Sommer 2020 eine Kurzauswertung, die zeigt, wie die Pandemie Selbständige trifft. 19 Prozent erleben ein vorzeitig beendetes Projekt, 31 Prozent haben kein Folgeprojekt in Aussicht. Der Bundesverband bleibt auch in der Ausnahmesituation empirisch nah dran – und liefert Zahlen, die in der politischen Debatte über Selbständigkeit fehlen.



keit durch die unklare Rechtslage bedroht. Drei Viertel fordern eine Überarbeitung des Statusfeststellungsverfahrens, 87 Prozent die Einführung von Positivkriterien – also Kriterien, die echte Selbständigkeit zweifelsfrei belegen. „Diese Studie räumt mit einem weiteren hartnäckigen Klischee auf“, zieht Carlos Frischmuth Bilanz: „Für IT-Expertinnen und -Experten ist die Selbständigkeit keine Not- oder Verlegenheitslösung, sondern fast immer ein bewusster Karriereschritt.“

88 Prozent – beide Seiten fordern Klarheit

IMI-Studie 2020: Erstmals sprechen Auftraggebende und Auftragnehmende gemeinsam

2020 weitet der Bundesverband den Blick: In Zusammenarbeit mit dem Institut für Management und Innovation (IMI) der Hochschule für Wirtschaft und Gesellschaft Ludwigshafen werden erstmals beide Seiten des



Marktes systematisch befragt – Auftraggebende und Auftragnehmende. Das Ergebnis ist eindeutig: 88 Prozent der solo-selbständigen Wissensarbeitenden halten Anpassungen der bestehenden Gesetzgebung für notwendig.

Auch seitens der Beauftragenden – Unternehmen aus Chemie, Maschinenbau und Unternehmensberatung – überwiegt die Kritik. Sie benennen konkret: unklare Rechtslage beim Einsatz Selbständiger, hoher Prüf- und Verwaltungsaufwand, Einschränkung agiler Projektarbeit, Verzögerung von Innovationsprojekten. 86 Prozent der befragten Selbständigen bewerten die gesetzlichen Einschränkungen für die Innovationsfähigkeit deutscher Unternehmen als kritisch bis sehr kritisch.

Die Studie verändert die Gesprächsebene: Selbständige Wissensarbeit ist kein individualrechtliches Randthema mehr – sie ist eine Frage der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit des Standorts Deutschland.

0,4 Prozent mehr BIP – das Wachstum, das Deutschland verschenkt

ifo-Studie 2021: Selbständige Wissensarbeit als gesamtwirtschaftlicher Hebel

2021 liefert die Zusammenarbeit mit dem ifo Institut den bislang stärksten Impuls auf volkswirtschaftlicher Ebene. Die Studie „Die Bedeutung solo-selbständiger Wissensarbeit für den Innovationsstandort Deutschland“ vergleicht 31 Länder über 33 Jahre. Das Ergebnis: Länder mit einem um 0,24 Prozent höheren Anteil selbständiger Wissensarbeitende weisen im Schnitt ein um 0,4 Prozent stärkeres BIP-Wachstum auf.

Für Deutschland macht das ifo Institut das Potenzial konkret: Würde Deutschland beim Anteil selbständiger Wissensarbeiterinnen und -arbeiter zum britischen Niveau aufschließen, entspräche das einem ungenutzten BIP-Potenzial von rund 58 Milliarden Euro. Ein Aufschluss zum südkoreanischen Niveau – das ifo Institut selbst bezeichnet dies als unwahrscheinliches Szenario – würde theoretisch bis zu 243 Milliarden Euro freisetzen. Aber die Größenordnung macht deutlich: Das ist keine Randnotiz – das ist eine wirtschaftspolitische Standortfrage. Deutschland kommt auf rund vier selbständige Wissensarbeitende je 100 Beschäftigte.



Belgien, Südkorea und Italien liegen bei mehr als doppelt so viel. Und während der Anteil in diesen Ländern seit 2010 gestiegen ist, ist er in Deutschland gesunken.

15,1 PP – der Innovationseffekt ist messbar

IW-Gutachten 2023 & 2024: Vom Innovationstreiber zur Abwanderungswarnung

Das IW-Gutachten 2023 – erarbeitet gemeinsam mit dem VGSD und der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft auf Basis des IW-Personalpanels 2022 – misst erstmals den direkten Effekt auf Unternehmensebene: Wer Solo-Selbständige einsetzt, steigert die Wahrscheinlichkeit einer Produktinnovation um 15,1 Prozentpunkte. Die Ertragslage im Folgejahr verbessert sich mit 12,5 Prozentpunkten höherer Wahrscheinlichkeit. Selbständige Wissensarbeiterinnen und -arbeiter sind kein Lückenfüller – sie beschleunigen Innovation.



2024 liefert das IW die Kehrseite: Bürokratie und Rechtsunsicherheit veranlassen immer mehr Selbständige, ernsthaft über eine Abwanderung nachzudenken. Mehr als die Hälfte der Befragten bewertet die Rahmenbedingungen für Selbständige als schlechter als zuvor. Der Datenbogen schließt sich – vom Klischee über den Wachstumsnachweis zur wirtschaftlichen Gefährdungsanzeige.

Wissensarbeit in der Mitte der Debatte

2024 tritt der Vorstand in einem neuen Format in Erscheinung: als Autor. Im BVMW-Sammelband „Zukunft Mittelstand – Zurück zu klaren Perspektiven. Ein Weckruf aus der Wirtschaft“ (BVMW/Verlag J.H.W. Dietz Nachf., 2024) liefert der Vorstand einen gemeinsamen Beitrag unter dem Titel „Soloselbständigkeit wertschätzen, statt einschränken“. Auf der Buchvorstellung im Juni 2024 – einer Bootsfahrt durch das Ber-



Von links nach rechts: Christoph Ahlhaus, Dr. Jörg Kukies, Prof. Dr. Veronika Grimm, Oliver Betz, Carlos Frischmuth.

liner Regierungsviertel – diskutiert Carlos Frischmuth mit dem damaligen Staatssekretär im Bundeskanzleramt und späteren Bundesfinanzminister Dr. Jörg Kukies, der Wirtschaftsweisen Prof. Dr. Veronika Grimm und Unternehmer Oliver Betz. Carlos Frischmuth bringt dabei ein, was fehlende Rechtssicherheit für Selbständige konkret bedeutet: ausbleibende Aufträge aus der deutschen Wirtschaft. Das ist ein symbolisch aufgeladener Moment – und genau das macht ihn bedeutsam: Selbständige Wissensarbeit steht im Zentrum wirtschaftspolitischer Diskussionen, nicht mehr an deren Rand.

Im Sammelband „Aufbruch Mittelstand – Eine Zukunftsvision für die deutsche Wirtschaft“ (BVMW/Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Oktober 2025) argumentiert Jan Jagemann, dass wissensbasierte Solo-Selbständigkeit ein zentraler Wachstumsmotor und Stabilitätsanker der deutschen Volkswirtschaft ist – und politisch gestärkt statt regulativ ausgebremst werden sollte. In Zeiten tiefgreifender Transformation seien projektbasierte Wissensarbeitende kein Randphänomen, sondern ein struktureller Garant dafür, dass Digitalisierung und Strukturwandel überhaupt gelingen.

Sieben Jahre. Sechs Studien. Ein Fundament.

Was der Bundesvorstand in dieser Zeit geschaffen hat, ist keine Sammlung von Zahlen. Es ist die Voraussetzung dafür, dass eine Gruppe, die lange nur als Randnotiz behandelt wurde, in Parlamenten, Ministerien und öffentlichen Debatten mit dem Gewicht spricht, das ihre wirtschaftliche Bedeutung verdient. Aus Annahmen wurden Argumente. Aus Argumenten wird Politik.

Daten öffnen Türen. Aber man muss auch durch diese gehen – mit konkreten Forderungen, zur richtigen Zeit, am richtigen Ort.

„Deutschland braucht mehr Erwerbsdiversität und mehr Wertschätzung für Gründer:innen. Das Potenzial: bis zu 240 Milliarden Euro zusätzliches BIP. Warum heben wir diesen Schatz nicht endlich mit aller Kraft?“

Carlos Frischmuth | Vorsitzender des Vorstands

Die Sprache der Politik sprechen

Wie der Bundesverband als Übersetzer zwischen hochagiler Wirtschaft und Gesetzgebung wirkt

Politische Interessenvertretung funktioniert nicht durch Lautstärke allein. Sie braucht Kontinuität, Präzision – und die Bereitschaft, über lange Zeiträume dieselben Argumente immer wieder in neue Gespräche zu tragen. Das ist der Ansatz, den der Bundesverband von Beginn an verfolgt: sichtbar sein, fachlich überzeugen, im Dialog bleiben. Was dabei entstanden ist, reicht von großangelegten Öffentlichkeitskampagnen über Wahlprüfsteine und Ministeriumsgespräche

bis zu einem offenen Brief mit 33 Unterzeichnenden – und schließlich zu Kernanliegen, die in den Koalitionsverträgen 2018, 2021 und 2025 jeweils zunehmend konkreter verankert wurden.

Sichtbar werden – Aktionen, die ankommen

Wer in Berlin gehört werden will, muss Aufmerksamkeit für seine Anliegen schaffen. Das weiß der Bundesverband seit 2016. Im Nachgang der Kampagne „Experten-Arbeit-retten“ überreichen Unterstützer persönlich Pledgcards an Abgeordnete, kurze, klare Zusagen, die Politikerinnen und Politiker schriftlich auf ihre Aussagen festlegen. Kein Drohgustus, sondern ein Instrument der Rechenschaft.

2018 folgt eine Aktion, die bewusst mit einem Symbol spielt: Der Bundesverband verschickt an alle Mitglieder des Deutschen Bundestages eine Diskette. Wer die Digitalisierung Deutschlands einfordert, aber hochqualifizierte Selbständige behördlich einengt – also ausgerechnet jene, die Digitalisierungsprojekte konkret umsetzen – muss das erklären. Da das Statusfeststellungsverfahren wie ein Relikt aus vergangener Zeit wirkt, wählt der Bundesverband als Symbol für seine Kampagne gegen das Verfahren eine Diskette. Titel: „Hätte, hätte, Diskette“, „Hätte, hätte Fahrradkette“ zur Kommentierung von etwas Überflüssigem.



Die drei Kernanliegen des Bundesverbands (Positionspapier 2025)

1. **Reform des Statusfeststellungsverfahrens:**
Selbständigkeit vermuten, wenn beide Parteien übereinstimmen, ausreichende Absicherung vorliegt und weitere Kriterien erfüllt sind.
2. **Gesetzliche Definition von Selbständigkeit:**
§ 7 Abs. 1 SGB IV um positive Anhaltspunkte für selbständige Tätigkeit ergänzen – Weisungsfreiheit, Parteilosigkeit, Vorsorgefähigkeit und Vorsorgenachweis als Leitkriterien.
3. **Angemessenes Sanktionsniveau:**
Keine gravierenden Nachforderungen und persönliche Haftung in einem Umfeld, in dem Entscheidungen nicht vorhersehbar sind.

Wahlprüfsteine – Parteien beim Wort nehmen

Zur Bundestagswahl 2017 verschickt der Bundesverband – damals noch unter dem Namen ADESW – Wahlprüfsteine an alle aussichtsreichen Kandidatinnen und Kandidaten. Drei Themenkomplexe, die nicht ausweichen lassen: Statusfeststellungsverfahren, Altersvorsorgepflicht, Bürokratieabbau. Die Fragen sind präzise, die Erwartungshaltung klar. Das Echo ist real: Sämtliche großen Parteien antworten schriftlich. Christian Lindner schreibt persönlich. Das Instrument macht Positionen öffentlich. Und schafft eine Grundlage, auf die sich später berufen lässt.

Dialog auf Ministeriumsebene – früh und ausdauernd

Bereits im April 2017 antwortet BMAS-Staatssekretärin Yasmin Fahimi (seit 2022 DGB-Vorsitzende) auf ein ADESW-Schreiben vom Februar desselben Jahres. Sie teilt die Einschätzung des Bundesverbands zu den Defiziten des Statusfeststellungsverfahrens zwar nicht, sichert aber zu, die Positionen prüfen zu lassen und die Belange hochqualifizierter Experten in den Überlegungen zur Altersvorsorge zu berücksichtigen. Ein frühes Signal: Der Bundesverband ist auf Ministeriumsebene präsent und wird ernst genommen – auch ohne sofortiges Einvernehmen.

November 2018: Jan Jagemann präsentiert im BMAS-Workshop zum sozialen Schutz für Selbständige die Analyse des Bundesverbandes zu Schwachstellen des Statusfeststellungsverfahrens und zeigt Modernisierungsmöglichkeiten auf. Der Bundesverband sitzt am Tisch, mit konkreten Lösungsvorschlägen.

2019 weitet sich der Dialog aus: Das BMAS führt ab Mai eine Reihe von Fachgesprächen zur Altersvorsorgepflicht durch. Carlos Frischmuth und Jan Jagemann



Unser Vorstand Jan Jagemann in der Diskussionsrunde mit der Parlamentarischen Staatssekretärin im BMAS Annette Kramme (3. v. r.) bei der Ergebniskonferenz des Zukunftsdialogs „Neue Arbeit – neue Sicherheit“, September 2019

bringen sich aktiv zwischen Ministeriumsvertretern, Gewerkschaften und anderen Interessengruppen ein. Und: Auf Drängen des Bundesverbands werden zusätzliche Fachgespräche zum Statusfeststellungsverfahren aufgesetzt.

Im Oktober 2019 schreibt Staatssekretär Dr. Rolf Schmachtenberg persönlich an Carlos Frischmuth und Jan Jagemann: „Mit Ihrer Expertise und Ihrem Engagement haben Sie einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, neue Lösungsansätze zu diesem sehr komplexen Gesetzesvorhaben zu finden.“

Auf der Ergebniskonferenz des Zukunftsdialogs „Neue Arbeit – Neue Sicherheit“ diskutiert Jan Jagemann im Themenforum mit der parlamentarischen Staatssekretärin Annette Kramme. Der Bundesverband ist nicht mehr nur Absender von Forderungen: Er spricht direkt mit Vertretern der Regierung.

Im Bundestag – und wenn nötig laut

April 2021: Carlos Frischmuth nimmt als Sachverständiger an der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages teil. Auf der Tagesordnung: Anträge von FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke zur sozialen Sicherung

Liebes BMAS – was nun? ? ?

„ Ich bin sehr gerne, total **freiwillig und selbstbestimmt selbständig** und brauche keinen sozialen Schutz durch den Staat. Aber ich brauche klare Rechtssicherheit, die ich eindeutig und ohne Prüfung umsetzen kann! – Monika M.

„ Meine freiberufliche Tätigkeit als Ingenieur hat mich 2005 vor der Arbeitslosigkeit bewahrt. Zehn Jahre habe ich erhebliche Steuern gezahlt und weiter für das Alter vorgesorgt. Seit der vom SPD-geführten Arbeitsministerium betriebenen Gesetzesänderung **brechen die Aufträge weg**. – Jürgen v. d. D.

„ Die **aktuelle Rechtsunsicherheit** führt dazu, dass sehr gut bezahlte Aufträge an Dienstleister in Osteuropa und Asien vergeben werden. Dies bedroht alle IT-Arbeitsplätze in Deutschland, da sich ohne das Spezialwissen der Externen viele Projekte nicht umsetzen lassen. – Matthias S.

„ Statt als Freelancer zu arbeiten und Steuern zu erwirtschaften, sitze ich nun zuhause und grübele über die Gründung einer GmbH mit Bürokratie-Monster. Warum nicht **in die EU abwandern** oder gleich aus der EU? – Peter W.

„ Bitte orientieren Sie sich an den Lösungen, die andere europäische Länder gefunden haben, um Selbstständigkeit abzusichern. Dann kann das Thema endlich für alle Seiten zufriedenstellend gelöst werden. Erhalten Sie die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands, insbesondere im Bereich Digitalisierung. – Rüdiger W.

„ Ein Statusfeststellungsverfahren vor Beginn einer Tätigkeit ist bei zuweilen sehr kurzen Fristen weltfremd. Das wird die **Bürokratie** nicht schaffen. – Helge G.

„ Sollen die Vertragsparteien nun ernsthaft vor jedem noch so kleinen Einsatz dieses **zeitlich aufwendige Verfahren** durchlaufen? Zeitgemäß wäre ein Katalog positiver Kriterien. Daran könnte der Status einmalig festgestellt werden und bis auf weiteres gültig sein. – Florian G.

„ Als IT-Freelancer wünsche ich mir eine **Orientierung am Stundensatz**: Wer pro Stunde 40 Euro oder mehr verdient, ist keinem Sozialdumping ausgesetzt und sollte zusammen mit den Auftraggebern Rechtssicherheit haben. – André H.

„ Was wir brauchen, ist eine **pragmatische Lösung**, die Flexibilität erlaubt! Vor jedem Auftrag die Kriterien prüfen zu müssen, wäre extrem zeitaufwändig und würde auch die Wettbewerbsfähigkeit der Soloselbständigen schädigen. – Ursula K.

„ Der Gesetzgeber sollte eine Regelung finden, die dem Anspruch der realen Welt – kurzfristige, zeitl. befristete Einsätze von Spezialisten – entspricht. Dies muss **im Interesse von vielfältigen Auftraggebern** (auch öffentlicher Hand!) u. ebendiesen Anbietern möglich sein. – Claus W. G.

DIN-A3-Beileger zur brand eins-Ausgabe 09/2019 zum Thema Rechtsunsicherheit von Selbständigen.

von Selbständigen. Der Bundesverband sitzt dort, wo Positionen geprüft werden – als anerkannte Stimme einer Branche.

Einen Monat später folgt der schärfste Impuls der Verbandsarbeit: Ein offener Brief an Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, unterzeichnet von 33 Verbänden, darunter BFB, VGSD, BAGSV und der Bundesverband. Der Anlass ist gravierend: Das Statusfeststellungsverfahren soll – versteckt hinter dem Barrierefreiheitsstärkungsgesetz – in einem Nachtstunden-Verfahren verändert werden, ohne systematische Einbeziehung der Betroffenen. „Wir sind als Betroffene nicht aktiv informiert worden, sondern haben zufällig davon erfahren“, heißt es im Brief. Und weiter: „Dieses Vorgehen spottet jeglicher Qualität eines demokratischen Dialogprozesses.“

Die Reform tritt am 1. April 2022 in Kraft. Sie bringt partielle Veränderungen: Prognoseentscheidungen sind nun vor Aufnahme der Tätigkeit möglich, Gruppenverfahren werden eingeführt, Dreiecksverhältnisse können einbezogen werden. Weit genug geht die Reform nicht. Die Kritik der Verbände bleibt.

Ihre Arbeit geht weiter: Gespräche mit Fachpolitikern, Stellungnahmen zu Referentenentwürfen, Positionierung im wachsenden Bündnis der Selbständigenverbände.

Haltung als Dauerformat – und eine neue Weichenstellung

Im Februar 2025 startet der Bundesverband die Kampagne „I love Selbständigkeit“ – mit einer eigenen Landingpage, Community-Materialien für LinkedIn, E-Mail-Signaturen und Infografiken, die frei herunterladbar sind. Die Botschaft ist bewusst positiv: Selbständigkeit ist keine Notlösung, sie ist Haltung. Und sie verdient Rechtssicherheit.

Zur konstituierenden Sitzung des neuen Bundestages am 25. März 2025 bringt der Bundesverband die Kampagne auf die Straße: Ein mobiler Werbeträger fährt fünf Tage lang durch das Berliner Regierungsviertel – vor Bundestag, Paul-Löbe-Haus, BMAS, BMWK und den Parteizentralen von CDU und SPD. Parallel erscheinen Anzeigen in Berlin.Table und Tagesspiegel Background, zielgenau auf die politischen Entscheider



Zur Regierungsbildung 2021 zur Ampel-Koalition weist der Bundesverband u. a. auf Displays im Regierungsviertel auf die große Bedeutung von selbständigen Wissensarbeitern für die deutsche Wirtschaft hin. Rechts: Das zentrale Kampagnenmotiv im Rahmen der vorgezogenen Neuwahlen im Februar 2025.

und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgerichtet. Es ist keine Kampagne gegen die neue Koalition – es ist eine Erinnerung an ihr eigenes Programm.

Was 2021 noch um Zustimmung warb, steht im Koalitionsvertrag 2025 schwarz auf weiß. Die wichtigsten Punkte: eine wirksame Reform des Statusfeststellungsverfahrens für Rechtssicherheit bei Selbständigen und ihren Auftraggebern sowie die Einführung einer Genehmigungsfiktion. Im Verbund mit BFB, VGSD, BAGSV und weiteren Verbänden hat der Bundesverband über Jahre genau diese Punkte platziert. Dass sie jetzt im Regierungsprogramm stehen, ist das Ergebnis dieser gemeinsamen Arbeit.

Beharrlichkeit über das Format stellen.

Was den Bundesverband in der politischen Arbeit auszeichnet, ist nicht ein bestimmtes Format, sondern die Passung: manchmal die Diskette, manchmal der stille Fachvortrag im Ministerium, manchmal der Brief mit 33 Unterzeichnern. Immer mit demselben Argument. Von der ersten Antwort aus dem BMAS 2017 bis zum Koalitionsvertrag 2025 sind acht Jahre vergangen – acht Jahre, in denen der Bundesverband nie aufgehört hat, die richtigen Fragen zu stellen und konkrete Antworten anzubieten.

Alleine kommt man weit. Zusammen weiter. Wer den politischen Wandel will, braucht Verbündete – auch jenseits der eigenen Branche.



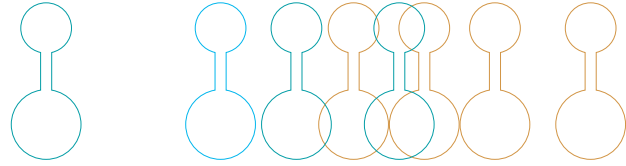
Koalitionsvertrag 2025: Die Kernforderungen des Bundesverbands sind angekommen

Rechtssicherheit: „Wir werden durch eine wirksame Reform des Statusfeststellungsverfahrens die Rechtssicherheit für Selbstständige und ihre Auftraggeber schaffen.“ (S. 12)

Statusfeststellungsverfahren: „Wir werden das Statusfeststellungsverfahren zügig ... schneller, rechtssicherer und transparenter machen ... Zur Beschleunigung führen wir eine Genehmigungsfiktion ein.“ (S. 15f.)

Die politische Weichenstellung ist gesetzt. Jetzt muss die Politik liefern.

Das Netz weiter spannen



Wie der Bundesverband die Interessenvertretung für Selbständige gemeinsam mit anderen formiert

Lange gehörte zur Realität der Vertretung von Selbständigeninteressen in Deutschland: Viele Verbände, viele Themen, wenig gemeinsamer Auftritt. Strukturelle Fragen wie das Statusfeststellungsverfahren brauchen jedoch einen breiten Rückhalt, um in der Politik Gehör zu finden. Der Bundesverband hat früh begonnen, diesen Rückhalt aktiv aufzubauen.

Am 13. Februar 2017 kommen auf Einladung von Andreas Lutz (VGSD) und Victoria Ringleb (AGD) zwanzig Selbständigenverbände in Berlin zusammen. Aus diesem Treffen geht die Bundesarbeitsgemeinschaft Selbständigenverbände hervor, kurz BAGSV. Der Bundesverband ist von Beginn an dabei. Jan Jagemann tritt seitdem regelmäßig als eine der Stimmen der BAGSV auf und bringt die Perspektive selbständiger Wissensarbeit in gemeinsame Positionen ein.

Partnerschaften

Parallel dazu baut der Bundesverband sein Netzwerk über die BAGSV hinaus aus.

- Als Mitglied der Mittelstandsallianz unter dem Dach des BVMW bringt er die Anliegen hochqualifizierter Solo-Selbständiger in wirtschaftspolitische Debatten zu Digitalisierung, Innovation und Steuerpolitik ein.
- Mit der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) entstehen IW-Studien, etwa zur Bedeutung der Solo-Selbständigen für die deutsche Wirtschaft oder zum Befund, dass die überbordende Bürokratie hochqualifizierte Selbständige ins Ausland drängt (vergleiche Kapitel 4).
- Mit dem VGSD gibt es fachlichen Austausch zu praktischen Fragen der Selbständigkeit, mit dem DBITS eine enge Zusammenarbeit für die Belange von IT-Freelancern.



Die BAGSV auf einen Blick

Gegründet: 13. Februar 2017, Berlin

Initiiert von: Andreas Lutz (VGSD) und Victoria Ringleb (AGD)

Gründungsverbände: 20, darunter der Bundesverband (damals ADESW)

Heute: 31 Mitgliedsverbände aus rund 35 Branchen (Stand Frühjahr 2026)

Einzelmitglieder: über 100.000 selbständige Einzelpersonen (Stand Frühjahr 2026)

Reichweite: rund 268.000 Erwerbstätige insgesamt (Stand Frühjahr 2026)



Abgeordnete Melis Sekmen zu Gast beim Bundesverband (oben), Die Mitglieder im Gespräch mit Dr. Dorothea Siems von der WELT (unten), Der Fachausschuss Recht auf dem Deutschen Juristentag 2024 in Stuttgart (ganz unten)

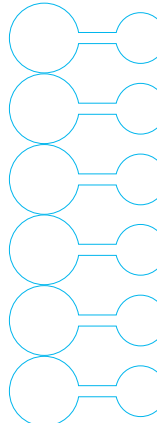
Vorstand Carlos Frischmuth mit den Eltern von Dr. Carsten Linne-mann beim Bundesmittelstandstag 2019 in Kassel (oben Mitte), ebenda mit dem MIT-Vorsitzenden Dr. Carsten Linnemann und MIT-Bundesschatzmeister Michael Littig (oben rechts), Mitgliederversammlung des Bundesverbandes in der Landesvertretung Baden-Württemberg (oben), Abgeordneter Julius Cronenberg zu Gast beim Bundesverband (rechts)



2019 tritt der Bundesverband erstmals mit eigenem Stand auf dem Bundesmittelstandstag der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) in Kassel auf – mit Daten, Positionen und dem Anspruch, in wirtschaftspolitischen Debatten als fester Akteur gehört zu werden.

Regelmäßig sind Bundestagsabgeordnete als Gäste zur Mitgliederversammlung eingeladen: Melis Sekmen, Julius Cronenberg, Wilfried Oellers, Pascal Kober, Dr. Markus Reichel und viele andere diskutieren mit dem Vorstand über Rechtssicherheit und das wirtschaftliche Potenzial selbständiger Wissensarbeit.

Wer in Deutschland gestaltet, stößt früher oder später an europäische Grenzen – und an die Räume, in denen viele dieser Rahmen gemacht werden.



Dort sein, wo die Rahmen entstehen

Wie der Bundesverband die Interessen selbständiger Wissensarbeit auf der europäischen Ebene vertritt



Vieles, was die Rahmenbedingungen für selbständige Wissensarbeit bestimmt, wird nicht in Berlin entschieden, sondern in Brüssel. Der Bundesverband bringt sich deshalb auch dort ein – mit Stellungnahmen, Allianzen und direktem Kontakt zu europäischen Institutionen.

Eingreifen für Selbständige in der Schweiz

Dass Regelungen nicht an Landesgrenzen haltmachen, zeigt sich 2020 konkret: Pandemiebeschränkungen in der Schweiz behindern Einsätze deutscher Wissensarbeiterinnen und Wissensarbeiter erheblich. Der Bundesverband nimmt Kontakt zu Entscheidungsträgern in der Schweiz auf und legt die Situation dar.

Stellungnahme im Europäischen Parlament

Im Mai 2022 nimmt Carlos Frischmuth, Vorsitzender des Bundesverbands, auf Einladung des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL) des Europäischen Parlaments an einem Stakeholder-

Hearing teil. Thema: der Richtlinienentwurf zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Plattformarbeit – ein Vorhaben, das auf den Schutz prekärer Plattformbeschäftigter abzielt, in seiner damaligen Fassung aber deutlich weiterzugreifen drohte.

Der Bundesverband bringt seinen Standpunkt ein: Die Definition einer digitalen Plattform greift im Entwurf zu weit – und trifft damit hochqualifizierte, projektbasierte Wissensarbeit, für die die vorgesehenen Regelungen nicht passen. Wer Scheinselbständigkeit wirksam bekämpfen will, muss klar eingrenzen, wen er meint.

Die Richtlinie wurde 2024 verabschiedet. In einigen Punkten – etwa bei der Eingrenzung des Anwendungsbereichs auf typische Plattformmodelle und der Ausgestaltung der Beschäftigungsvermutung als widerlegbare Regelung – bewegt sich der finale Text in eine Richtung, für die sich der Bundesverband gemeinsam mit anderen Verbänden eingesetzt hatte.

Gemeinsame Erklärung zur Europawahl 2024

Im Frühjahr 2024 unterzeichnen Carlos Frischmuth und Jan Jagemann gemeinsam mit mehr als zwanzig deutschen Mittelstandsverbänden die „Erklärung des Mittel-

stands zur Europawahl 2024“. Die Verbände fordern die neu gewählten europäischen Institutionen auf, sich dem Bürokratieabbau ernsthaft anzunehmen.

Mitgliederversammlung in Brüssel

Im November 2024 findet die Mitgliederversammlung des Bundesverbands erstmals außerhalb Deutschlands statt – in Brüssel. Neben der turnusmäßigen Bestätigung des Vorstands gibt es Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Generaldirektion Beschäftigung der Europäischen Kommission sowie mit befreundeten Verbänden auf europäischer Ebene.



„Selbständige Expertinnen und Experten sind durch eine hohe Flexibilität und Allokationsfreiheit für die Digitalisierung, die Innovationskraft und die Wettbewerbsfähigkeit Europas unersetzlich.“

Carlos Frischmuth | Stellungnahme im EMPL-Ausschuss des Europäischen Parlaments, Mai 2022



Austausch mit Denis Pennel vom WEC bei der Mitgliederversammlung 2024 in Brüssel (oben), Silvana Röbbstorff von der DG Employment zu Gast beim Bundesverband (Mitte), Mitglieder vor dem EU-Parlament in Brüssel (unten)

Stimmen aus der Wirtschaft

„Durch ihre projektbasierte Zusammenarbeit mit unserer Stammebelegschaft bleiben wir innovativ und können im globalen Wettbewerb bestehen.“

Jens Riecher | Executive VP, Amova GmbH

„Im innovativen Maschinenbau wird vielfältige externe Unterstützung gebraucht – häufig aber nur temporär. Und es gibt Spezialistinnen und Spezialisten, die überhaupt nicht dauerhaft bei einem Unternehmen arbeiten wollen, sondern bewusst als Selbständige verschiedene Einsätze wahrnehmen. Mit einer Anstellung ist dieses Naturell gar nicht vereinbar.“

Fabian Seus | Leiter VDMA Competence Center, VDMA

„Immer wieder macht es Sinn, internes Wissen und Ressourcen mit externer Unterstützung zu erweitern. Eine Win-win-Situation für beide Seiten.“

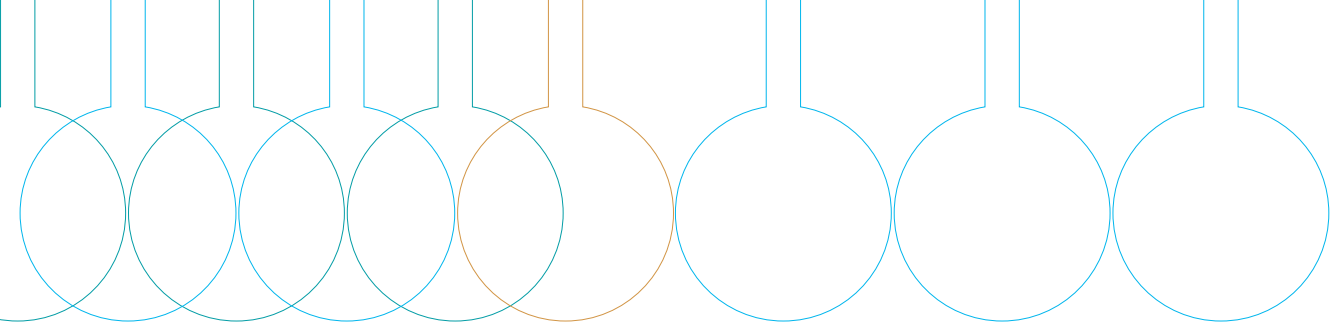
Thomas Wölker | CIO, REHAU AG+Co.

„Durch projektbasierte Zusammenarbeit von selbständigen Expertinnen und Experten mit unseren Teams konnten wir in kürzester Zeit wichtige Aktivitäten umsetzen – insbesondere, wenn wir kurzfristige Herausforderungen meistern mussten, wie im Rahmen der Covid-Pandemie.“

Dr. med. Christian Kreher |
Director Medical Affairs, AstraZeneca GmbH

„Die projektbasierte Mitarbeit selbständiger Expertinnen und Experten mit ihrem spezialisierten Wissen und ihrem prüfenden Blick von außen stärkt und sichert unsere Wettbewerbsfähigkeit – und damit den Wirtschaftsstandort Deutschland.“

Christian Klauke | Head of HD Data & Software Engineering,
HeidelbergCement AG



Danksagung

Wir möchten uns ganz herzlich bei allen Gesprächspartnerinnen und -partnern der vergangenen zehn Jahre bedanken. Ob in Ministerien, Bundestag oder auf Länderebene, in unseren assoziierten Partnerorganisationen oder dem Verbändenetzwerk – dieser stetige Austausch bildet die Basis unserer Arbeit. Wir bedanken uns bei den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlichen sowie Juristinnen und Juristen, die unsere Studien begleitet, durchgeführt und kommentiert haben – nur so konnten wir eine belastbare Datenbasis schaffen. Wir danken allen Dienstleistenden, die die Arbeit des Bundesverbands begleitet haben – zusammen haben wir einiges auf die Beine gestellt. Wir bedanken uns bei allen Auftraggebern in Deutschland – für ihr Engagement für Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit. Wir danken allen selbständigen Expertinnen und Experten – dass sie sich mit ihrem Know-how für unsere Wirtschaft einbringen. Und wir danken unseren Mitgliedern, ohne deren Engagement in den vergangenen zehn Jahren der Bundesverband heute nicht das wäre, was er ist – eine starke Stimme für die Branche.

